

NACHRICHTEN

Aktuelle KV-Abschlüsse deutlich über Inflation

Die zuletzt ausgehandelten Lohnabschlüsse lagen deutlich über der aktuellen Inflation (Dezember 2023: 5,6 Prozent) und über oder auf dem Niveau der Jahresinflation 2023 von 7,8 Prozent. Die Konditionen in Oberösterreich etwa bekommen um 7,92 bis 8,07 Prozent mehr. Die Raiffeisenlagerhäuser in der Steiermark zahlen im Schnitt um 8,74 Prozent mehr, so der ÖGB in seinem KV-Newsletter. Keine Einigung gibt es indes – trotz sieben Verhandlungsrunden – für die Beschäftigten in der IT-Branche. Auch bei den Fahrradboten ist kein Abschluss in Sicht.

Erzeugerpreise stiegen nur um 1,8 Prozent

Die Preisdynamik hat sich 2023 abgeschwächt, die Erzeugerpreise legten im Jahresvergleich nur mehr um 1,8 Prozent zu, berichtet die Statistik Austria. Das Jahr zuvor betrug das Plus noch 19,4 Prozent. Ab der zweiten Jahreshälfte sind die Preise im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat sogar gesunken. Mittelfristig spreche das für ein Sinken der Inflationsrate.

IWF optimistischer für die Weltwirtschaft

Die Perspektiven für die Weltwirtschaft haben sich dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge etwas aufgehellt. Das globale Wachstum dürfte heuer 3,1 Prozent betragen, teilte der IWF mit. Für Österreich legte der IWF keine neue Prognose vor, im Oktober ging er für 2024 von einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent aus.

Mehr Konkurrenzdruck aus China

Europas Wirtschaft muss sich nach Einschätzung des Ökonomen und China-Fachmanns Max Zenglein auf verschärfte Konkurrenz durch Unternehmen aus China einstellen. Ein Grund sei die mit der chinesischen Immobilienkrise einhergehende Schwäche der dortigen Inlandskonjunktur.

Immobilien. Die Zahl der befristeten Mietverträge steigt. Laut Arbeiterkammer ein Problem. Ein Ende der Befristung könnte zu weniger Wohnungen auf dem Markt führen, so die Vermieter.

Befristete Vermietung wird zur Norm



Über die Wirkung befristeter Mietverträge auf den Wohnungsmarkt gibt es unterschiedliche Ansichten. [Getty Images]

VON MELANIE KLUG

Wien. Österreich ist im Vergleich zu anderen EU-Staaten ein Land der Mieter. 37 Prozent der Österreicher wohnten 2022 im Hauseigentum, zwölf Prozent in Eigentumswohnungen. Der überwiegende Rest mietete. Viele von ihnen haben einen befristeten Vertrag, und der Anteil solcher Verträge ist zuletzt stark gestiegen. Laut den Mikrozensus-Daten der Statistik Austria lag der Befristungsanteil im Jahr 2022 bei 23,4 Prozent, 2012 lag der Anteil noch bei 15,7 Prozent.

Die Arbeiterkammer (AK) sieht darin ein Problem. Sie fordert ein Aus für befristete Mietverträge, und das schon seit Jahren. Denn sie würden Mieterinnen und Mieter belasten: Solche Verträge würden oft unfreiwillig abgeschlossen, sie seien teuer und unsicher. Gerade bei privaten Mietwohnungen, wo solche terminierten Verträge in der Regel angewendet werden, ist der

Anteil besonders stark gestiegen. 2012 machte der Anteil dort noch 34,5 Prozent (rund 207.200) aus, bis 2022 stieg der Anteil auf 48 Prozent (364.000), das sind 156.800 befristete Verträge mehr als zehn Jahre zuvor. Im selben Zeitraum sind 158.100 neue private Mietwohnungen entstanden.

AK ortet Verunsicherung

„Der befristete Mietvertrag wird immer mehr zum Standardvertrag. In den 1990er-Jahren wurde dieser als Ausnahmebestimmung eingeführt, wenn man mal kurzfristiger vermieten will. Das hat sich mittlerweile geändert“, sagt Thomas Ritt, Leiter AK-Abteilung Kommunal und Wohnen.

Zum Ärger der Mieterinnen und Mieter, wie die AK mit einer Ifes-Umfrage bestätigt sieht. Eine Wohnung befristet zu mieten sei in den meisten Fällen nicht freiwillig, so hätten drei von vier der Befragten ihre Wohnung nur befristet ge-

mietet, weil sie keinen äquivalenten Wohnraum unbefristet mieten konnten. Nur 18 Prozent mieteten bewusst befristet.

Zudem verunsicherten befristete Mietverträge, müsste der Mieter stets damit rechnen, nicht verlängert zu werden und ausziehen zu müssen. Mit einer befristeten Mietwohnung sei man „schon gekündigt, wenn man den Vertrag abschließt“, so Ritt. Befristungen würden Mieter erpressbar machen, sie würden es meiden, Dinge wie eine Mietzinsreduktion oder andere Pflichten des Vermieters geltend zu machen. Außerdem würden 60 Prozent der Befragten nicht wissen,

AUF EINEN BLICK

Die Zahl der befristeten Mietverträge stieg vor allem im Segment der privaten Mietwohnungen stark an. Waren 2012 noch 34,5 Prozent aller Wohnungen befristet, so stieg dieser Anteil bis 2022 auf 48 Prozent an.

dass es einen Befristungsabschlag von 25 Prozent gibt – zumindest bei Wohnungen, die unter das Mietrechtsgesetz (MRG) fallen.

Die Befristung würde die Mieter auch teuer zu stehen kommen, so die AK. Laut Befragung gebe es in 90 Prozent der Fälle bei mehrmaligen Vertragsverlängerungen eine Mieterhöhung. Daneben seien auch indexbasierte Erhöhungen während der Vertragslaufzeiten üblich. Die AK kritisiert das und spricht von doppeltem Preisdruck. Gerade in Zeiten der Teuerung gehe das „voll zulasten der Schwächeren“, heißt es.

Aus für Frist helfe nicht

Dass befristete Verträge die Mieten nach oben treiben, will Wifo-Ökonom Michael Klien auf Anfrage der „Presse“ nicht bestätigen. Natürlich würden Mietsteigerungen bei kürzerer Befristungsdauer schneller passieren, „aber ein Treiber ist das grundsätzlich nicht“. Vielmehr sei das ein Symptom von angespannten Mietmärkten wie in Wien oder in bestimmten Regionen Westösterreichs, wo Mietobjekte rar sind. Aus seiner Sicht wäre es ein guter Weg, anstelle der schon seit Jahren geforderten Abschaffung der Befristung unbefristete Verträge für Vermieter attraktiver zu gestalten. „Für den Vermieter bietet ein unbefristeter Vertrag derzeit kaum Vorteile“, so Klien. Möglichkeiten zur Attraktivierung gebe es viele: „Etwa könnten nur noch unbefristete Wohnungen einer Wertsicherung unterliegen.“

Aus Sicht des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB) würde dem Markt mit einer Abschaffung der befristeten Verträge nichts Gutes getan werden. „Es werden deswegen nicht mehr Wohnungen auf den Markt gespült, im Gegenteil: Die Mieter haben davon nichts“, so ÖHGB-Präsident Martin Prunbauer. Er hält eine Liberalisierung der Befristungen für notwendig. „Befristungen sollten freier gewählt werden können. Wohnungen, die dem MRG unterliegen, sollten nicht mindestens auf drei Jahre vermietet werden müssen. Da sollten auch kürzere Fristen möglich sein.“

Gewessler stockt Mittel für Klima- und Energiefonds auf

Politik. Der Fonds ist um 13 Prozent höher dotiert als 2023, mit Fokus auf Stromspeicher und Mobilitätswende.

Wien. Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) hat am Dienstag neue Schwerpunkte im Rahmen des Klima- und Energiefonds präsentiert. Im angelaufenen Jahr sollen unter anderem Projekte für die Strom- und Wärmespeicherung, die Mobilitätswende sowie den weiteren Ausbau erneuerbarer Energieträger in den Fokus rücken. Dafür stehen dem Fonds 657 Mio. Euro zur Verfügung, das sind um 13 Prozent mehr als 2023.

Insgesamt umfasst der Klima- und Energiefonds 21 Förderprogramme, die sich auf verschiedene Bereiche konzentrieren. Gewessler hob dabei allen voran Initiativen im Sinne der Energieunabhängigkeit und -sicherheit hervor. Unterstützt werde etwa der Bau neuer Sonnenkraftwerke und Energiespeicher. Aufgelegt wird zudem ein Programm zur Erschließung von Geothermie. Allein für diese Maßnahmen sind 250 Millionen Euro veranschlagt. Inhaltliche Pflöcke will Gewessler weiters im Bereich der

Mobilität einschlagen, für den aus dem Klima- und Energiefonds knapp 228 Millionen Euro vorgesehen sind. Gefördert werde auch der Ausbau sämtlicher nicht fossiler Verkehrsmöglichkeiten, etwa E-Mobilität oder die Schaffung neuer Radwege. Geld gibt es außerdem für die Wärmewende bei Gebäuden, zumal besonders dort „komplexe Lösungen“ gefragt seien.

Gewessler lobte den schon seit 2007 bestehenden Fonds als „zentrale Schnittstelle vieler grüner Innovationen“, die nicht nur die Energieunabhängigkeit vorantreiben, sondern auch den gesellschaftlichen Wohlstand absichere. Ähnlich Bernd Vogl, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds: Er sprach von „starken Zukunftsbildern“, auf die die Organisation mit seinen Projekten hinarbeite. Als wichtigen Akzent für heuer hob Vogl die Zusammenarbeit mit der Industrie hervor, die man dabei unterstützen, auf erneuerbare Energien umzustellen. (APA)

Saudi Arabien will doch nicht mehr Öl fördern

Erhöhung der Förderung ist gestrichen, bis 2060 ist CO₂-Neutralität geplant.

Dhahran. Saudi Arabien hat seine Pläne für einen Ausbau der Förderkapazitäten des staatlichen Ölkonzerns Saudi Aramco zurückgenommen. Es habe Anweisung des Energieministeriums erhalten, „seine maximale nachhaltige Kapazität bei 12 Mio. Barrel pro Tag zu belassen“, erklärte das Unternehmen am Dienstag. Saudi Aramco werde bei der Vorstellung seiner Betriebszahlen im März seine Investitionsplanung entsprechend anpassen. Der Ölkonzern hatte verkündet, seine Kapazitäten bis 2027 auf 13 Mio. Barrel pro Tag ausbauen zu wollen. Diese Ankündigung fiel im Oktober 2021 zusammen mit der Verpflichtung Saudi Arabiens, bis 2060 CO₂-Neutralität zu erreichen. Klimaschützer hatten deshalb die Ernsthaftigkeit des Engagements des Königreichs angezweifelt. (ag.)

DiePresse.com/nextlevelinitiative

Vom Scale-up zum Erfolgsunternehmen: Digitale Ökosysteme als Wegbereiter

Mit einer innovativen Idee durchzustarten, steht am Anfang. Für den entscheidenden Wachstumsschritt vom Scale-up zu einem starken, etablierten Unternehmen braucht es neben dem Willen zu „echtem Unternehmertum“ vor allem „Smart Money“. Warum macht es Sinn, statt eines reinen Finanzinvestors einen strategischen Partner an Bord zu holen? Welche Vorteile bringt diese Form der Unternehmensbeteiligung? Und wie helfen Business-Ökosysteme, allen voran das einzigartige Fabasoft PROCECO Ökosystem, ehrgeizigen Entrepreneur:innen auf ihrem Weg zum unternehmerischen Lebenswerk?

PODCAST ZUM EXPERT:INNEN-TALK
DiePresse.com/fabasoft

PLAY+

AUFGEZEICHNET

#nextlevel

Eine Initiative für starke Digitalunternehmen:
Fabasoft Die Presse

© Maskon via Getty Images